

Die Lage am Lehrstellenmarkt spitzt sich weiter zu

Der Kampf um die 100.000 freien Lehrstellen

Die Situation auf dem deutschen Ausbildungsmarkt hat sich verschärft. Um die rund 100.000 freien Lehrstellen kämpften im Juni fast dreimal so viele Bewerber, berichtet SPIEGEL online am 30. Juni 2005. Einen Monat später hat sich die Lage weiter zugespitzt. DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock schlägt Alarm: 246.400 Jugendliche waren laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) Ende Juli ohne Ausbildungsplatz.

Eine Viertelmillion ohne Ausbildungsplatz

Grund: Die Kluft zwischen den unversorgt gemeldeten Jugendlichen und den offenen Ausbildungsplätzen (76.550 Ende Juli) wird immer größer. Diese Ausbildungslücke ist bundesweit im Vergleich zum Juli 2004 um 8000 auf 169.000 Plätze gestiegen. Nach Angaben des DGB verschärft vor allem der Schwund an betrieblichen Ausbildungsplätzen die Lage. Um 9,3 Prozent habe die Zahl dieser Lehrstellen abgenommen, sagt Sehrbrock: „Damit hat die Wirtschaft ihr Versprechen gebrochen, allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen.“ Die Situation der Jugendlichen, die auch im vergangenen Jahr keine Lehrstelle bekommen hätten, verschärfe sich von Tag zu Tag.

Die Agentur für Arbeit berichtete am 28. Juli 2005: „Ähnlich angespannt wie im Vorjahr präsentiert sich derzeit die Lage auf dem Ausbildungsmarkt.“ Die Zahl der von Oktober vergangenen Jahres bis Juni gemeldeten Lehrstellen liege mit 388.900 um zehn Prozent unter dem Vorjahreswert. Die BA begründete dies insbesondere mit dem Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze. Dagegen sei

die Zahl der bei der BA gemeldeten Bewerber mit 636.500 nahezu stabil geblieben.

Wirtschaft bricht ihr Versprechen

Als „Lösung“ lobt die Agentur für Arbeit einen Wettbewerb aus „Deutscher Förderpreis Jugend in Arbeit“. Die besten Rezepte

noch viele Ausbildungsverträge geschlossen werden und der Ausbildungspakt ja schon im vorigen Jahr gezeigt habe, dass allen unversorgten Jugendlichen ein Angebot gemacht werden konnte, prognostiziert er über den 18. September hinaus, dass spätestens im Februar 2006 Angebot und Nachfrage rechnerisch ausgeglichen sein werden. Wohlweislich verschweigt er hierbei Aussagen über die Qualität der gemachten Angebote. Nur ein geringer Anteil der angebotenen Maßnahmen waren betriebliche Ausbildungen, wie sie von den Jugendlichen gewünscht wurden.

Dies hindert Clement nicht, sich mit zweifelhaften Maßnahmen am eigenen Wettbewerb „Jugend in Arbeit“ zu beteiligen. Unter der Überschrift „Förderung der Berufsausbildung und Bindung von qualifiziertem Fach-



gegen die Ausbildungsplatzmisere werden gesucht.

Wirtschaftsminister Clement ficht diese Misere nicht an. Stoisch hält er weiter an seinem offensichtlich gescheiterten Ausbildungspakt fest. In der Hoffnung, dass bis September

personal“ preist er die Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung für drei Jahre mit den Worten „Seit dem 1. August 2003 können alle persönlich und fachlich geeigneten Unternehmer ausbilden, ohne irgendwelchen Stempeln und Lizenzen hinterherlaufen zu müssen.“ Als weiteren Beitrag zur Behebung des Lehrstellenmangels lobt er die Einführung von zweijährigen Ausbildungen und die „Verschlan- kung“ der Ausbildungsordnungen: „Es werden zudem nur noch knappe und leicht verständliche Ausbildungsinhalte verordnet, die sich auf berufsprägende Mindestanforderungen beschränken.“

Der Ausbildungspakt ist gescheitert

Wahrlich weder ein wegweisender Beitrag zur qualifizierten Ausbildung der Jugendlichen noch ein Beitrag zur Sicherung qualifizierten Fachkräftenachwuchses.

Ein weiterer Beitrag im Wettbewerb „Jugend in Arbeit“ kommt nun vom DIHK-Chef Braun. Um die auch von ihm auf 170.000 Stellen bezifferte Lehrstellenlücke zu schließen, fordert er flexible Ausbildungsvergütungen. Er schlägt das Modell „Drei für zwei“ vor. Das Modell sieht vor, die Vergütung für zwei Ausbildungsplätze auf drei Lehrlinge aufzuteilen, wenn ein zusätzlicher Ausbildungsplatz

Fortsetzung Seite 10

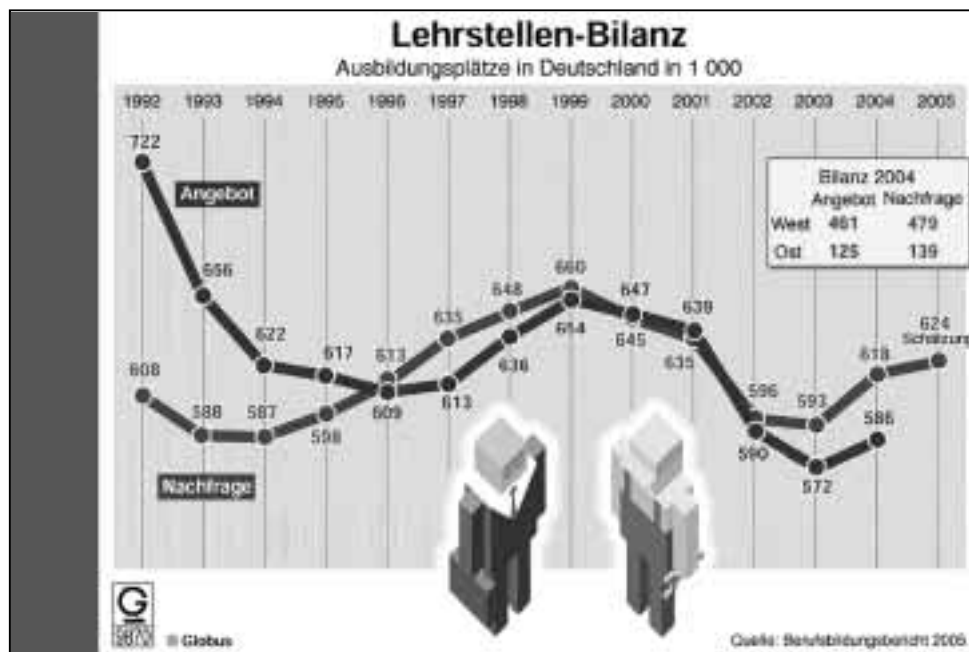




Foto: Andreas Streubel

Über neue Entwicklungen in der Berufsbildung informiert. MR Frank Schmidt referierte bei der Tagung des Referates Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Führungskräfte der Berufsbildenden Schulen treffen sich in Hannover

Teamarbeit selbst vorleben

Auf Einladung des Referates Berufliche Bildung und Weiterbildung trafen sich Schulleiterinnen, Schulleiter, Koordinatorinnen und Koordinatoren aus Berufsbildenden Schulen zu einem Informationsaustausch.

MR Frank Schmidt berichtete von neuen Entwicklungen in der Berufsbildung, wobei er einen Bogen von Entwicklungen auf europäischer Ebene über die Neuerungen des novellierten Berufsbildungsgesetzes auf Bundesebene bis zu Überlegungen im niedersächsischen Kultusministerium schlug. Nach einer kurzen Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen

entspann sich eine rege Diskussion, in der eine Vielzahl von Einzelfragen geklärt werden konnten.

Bericht aus dem MK

Im zweiten Teil der Veranstaltung stand das Thema „Teammanagement als Aufgabe der Schulleitung“ auf der Tagesordnung. Bernhild Schwand, Soziologin, freiberufliche Trainerin und Führungskräftecoach, machte

in ihren Ausführungen deutlich, dass die Bildung von Teams in der Schule nicht einfach durch Organisationspläne erfolgen kann. Ihre Kernaussage: Teamentwicklung ist ein Prozess, eine Arbeitsgruppe ist noch kein Team. Sollen aus Arbeitsgruppen Teams werden, bedarf dieser Prozess der Teamentwicklung aus ihrer Sicht einer professionellen Unterstützung.

Team-Management als Aufgabe der Schulleitung

Aufgabe der Schulleitungen ist es diesen Prozess zu initiieren. Dazu ist es unerlässlich, dass Schulleitungen Teamarbeit, die sie von Kolleginnen und Kollegen erwarten, selbst vorleben.

Teamentwicklung in der Schule kann nur gelingen, wenn die Kolleginnen und Kollegen erfahren, dass der anfangs zusätzliche Aufwand langfristig Vorteile bzw. Arbeitserleichterung mit sich bringt. Dazu ist es aber auch wichtig genau zu überlegen, in welchen Arbeitsbereichen Teamarbeit wirklich sinnvoll ist und welche Aufgaben weiterhin schneller und besser in Arbeitsgruppen oder von Einzelnen erledigt werden sollten.

Pro Jahr sind zwei Treffen geplant

Nach angeregter Diskussion wurde der Wunsch geäußert, sich weiter mit dem Thema Personalentwicklung zu beschäftigen. Mit dieser Veranstaltung wurde die lange Tradition dieser Treffen unter neuer Leitung wieder aufgenommen. Einhellig wurde von den Teilnehmern die Notwendigkeit von regelmäßigen Treffen betont. Diesem Wunsch wird das Referat nachkommen. Geplant ist zukünftig zwei Treffen pro Jahr zu organisieren. Themenvorschläge werden gerne entgegen genommen. Zusätzlich wird ein E-Mail-Verteiler zum schnellen Informationsaustausch aufgebaut. Zur Aufnahme in den Verteiler reicht eine entsprechende Nachricht an Ulla Riechelmann (U.Riechelmann@GEW-Nds.de). ANDREAS STREUBEL

Fortsetzung von Seite 9

bereitgestellt werde. Zuvor hatte Braun die Senkung der Lehrlingsgehälter auf 270 Euro gefordert.

Interessanterweise ist in keinem Vorschlag auch nur ansatzweise ein Hinweis auf das nur ausgesetzte Gesetz über die Ausbildungsplatzabgabe zu erkennen. Ohne die Bedeutung dieses Instrumentes zu überschätzen, wären mindestens die Vorschläge zur Reduzierung der Kosten für Auszubildende in anderem Licht zu sehen, wenn Ausbildung umlagefinanziert wäre und alle Betriebe an den Kosten für qualifizierte Ausbildung beteiligt würden.

DIHK-Chef Braun will Senkung der Ausbildungsvergütung auf 270 Euro

Auch die Bundesländer halten sich mit konstruktiven Vorschlägen auffallend zurück. Zwar lobt Wirtschaftsminister Hirche seinen „Ausbildungspakt Niedersachsen“ als Erfolgsmodell, aber die Realität sieht anders aus. Nach BA-Angaben ist im Juni die Zahl

der Lehrstellen gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Prozent auf jetzt nur noch 41.147 Stellen gesunken. Zugleich hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren gegenüber dem Vorjahr auf 7553 mehr als verdoppelt.

Dabei könnten gerade die Bundesländer durch die Ausschöpfung der Möglichkeiten des novellierten Berufsbildungsgesetzes Einiges zur Entlastung der Situation beitragen. Seit dem 1. April 2005 eröffnet das Berufsbildungsgesetz eine Reihe von Möglichkeiten schulische Vorqualifikationen auf duale Ausbildung anzurechnen und Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge zu Abschlussprüfungen zuzulassen.

Hierfür müssten die Länder dringend die erforderlichen Rechtsverordnungen erlassen. Die Berufsbildenden Schulen könnten dann verstärkt vollzeitschulische Bildungsgänge anbieten. Dies ist sicherlich nicht die Traumlösung, da die Schüler keinen Auszubildenden-Status bekommen, keine Ausbildungsvergütung erhalten und auch nicht Teil des Sozialversicherungssystems sind, aber als Übergangslösung würden diese Maßnahmen si-

cherlich zu einer Entlastung des Ausbildungsmarktes beitragen. Die derzeitige Realität des Durchlaufens von schulischen Warteschleifen ist für die Jugendlichen jedenfalls keine Alternative.

Diese Forderung ist auch einer der Kernpunkte des von der GEW im Juli veröffentlichten „Fünf-Punkte-Programms zur Förderung junger Menschen“. Das Programm kann unter www.gew.de/Fuenf-Punkte-Programm.html eingesehen und als PDF-Datei herunter geladen werden. ANDREAS STREUBEL

50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im Juli und August folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Dipl. Psych. Hermann Höltje, Wolfenbüttel; Erna Maria Krohm, Oldenburg.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.